

WORKSHOP SYNOPSE



in Kooperation mit

| BertelsmannStiftung

März 2021 | Florian Ranft & Johanna Siebert

Rückkehr dahin, wo wir noch nie waren

Mögliche Lehren aus der Coronakrise für die sozialökologische Transformation

Die Coronakrise ist in vielerlei Hinsicht von Gegensätzen gekennzeichnet. Bekannte Muster sozialer, ökologischer und ökonomischer Transformation treffen auf neue, durch Covid-19 angestoßene Prozesse. Dies stellt unsere Demokratie einerseits vor massive Herausforderungen. Andererseits eröffnet die Krise neue Perspektiven und Gelegenheitsfenster im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Strukturwandelprozesse, die mit der Klimakrise oder der Digitalisierung einhergehen.

Diesen Ambivalenzen widmete sich eine vertrauliche Gesprächsreihe, die das Progressive Zentrum in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung kuratierte. Unter der "Chatham House Rule" gingen ausgewählte VordenkerInnen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in verschiedenen Workshops dabei folgender Frage nach: "Die Große Transformation – Covid-19 als Beschleuniger des Paradigmenwechsels in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft?". Die wichtigsten Ergebnisse der ersten Gesprächsrunde zum Thema der sozialökologischen Transformation sind im folgenden zusammengefasst.

Die globale Covid-19 Pandemie stellt eine Zäsur dar. Nahezu sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens sowie der Wirtschaft und Politik sind massiven Verwerfungen ausgesetzt. Jedoch gingen der Pandemie tiefe ökonomische, kulturelle und politische Umbrüche voraus – insbesondere durch die Nachwirkungen der globalen Finanzkrise, den Wandel von Arbeit und Wertschöpfung aufgrund neuer Technologien und der sich zuspitzenden Klimakrise.

Während vieles darauf hindeutet, dass die Parallelität der globalen Pandemie und der Klimakrise ein Umdenken in Wirtschaft und Politik zur Folge hat, zeichnen sich die unmittelbaren Konsequenzen der Coronakrise durch **eine neue Unübersichtlichkeit** und die **Zunahme von Gegensätzen** aus. So beobachten wir neue Formen der Solidarität und gleichzeitig eine Verfestigung der gesellschaftlichen Polarisierung, mehr digitale Teilhabe und wachsende digitale Ungleichheit, ein gestärktes Demokratiebewusstsein und autoritäres Begehren, ökologische Veränderungsbewegungen und den Wunsch nach Rückkehr zum Status quo ante.

Trotz aller Unsicherheiten und der gebotenen analyti-

schen Vorsicht ist die Diskussion der Frage, **welche Lehren sich aus diesen Erfahrungen für die sozialökologische Transformation ziehen lassen**, im Jahr der Bundestagswahl von größter Bedeutung. Dieser Herausforderung widmete sich die erste Gesprächsrunde der Reihe "Die Große Transformation – Covid-19 als Beschleuniger des Paradigmenwechsels in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft?" mit ausgewählten VordenkerInnen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. Im Folgenden werden die Ergebnisse und Kernthesen des Gesprächs zusammengefasst.

1. Gesellschaft: Die sozialökologische Transformation muss zu einem Gemeinschaftsprojekt der Teilhabegesellschaft werden

Die Ungleichheiten, die im Kontext der Coronakrise zunehmen oder verstärkt sichtbar werden, verdeutlichen mehr denn je, dass die sozialen, ökologischen

und ökonomischen Dimensionen der Klimakrise von vornherein in einer “elementaren Verbindung” zusammen gedacht und gemeinsam angegangen werden müssen. Denn bei der bevorstehenden Transformation geht es nicht allein um politische Maßnahmen auf der Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern maßgeblich auch um Normen und Gesellschaftsentwürfe, die in den ökologischen Diskurs mit einfließen müssen.

An dieser Stelle ist es wichtig zu fragen, wodurch gesellschaftliches Lernen und soziale Transformationsprozesse vorangetrieben oder behindert werden: Im Zuge des pandemiebedingten Zurückfahrens des öffentlichen Lebens lässt sich beispielsweise die **permanente Optimierung gesellschaftlicher Interaktion** beobachten. Spontane Begegnungen und Zufälle werden durch streng getaktete, digitale Abläufe ersetzt. Dieses Wegbrechen der “wechselseitigen Irritation” hat eine lern- und kreativitätsverhindernde Wirkung, die den Antrieb für gesellschaftlichen Fortschritt schwächt.

Gleichzeitig schaffen die Einschränkungen physischer Begegnungen ein neues Bewusstsein für die Bedeutung öffentlicher Räume bei der Gestaltung sozialer Transformationsprozesse. Nur in einer inklusiven Teilhabegesellschaft kann die sozialökologische Transformation als kollektiv getragenes Gemeinschaftsprojekt erfolgreich sein. Wichtig ist hierbei eine politische Abwägung der Vor- und Nachteile zwischen den (notwendigen) Maßnahmen für die Ausgestaltung von Transformationspfaden und den Konsequenzen für die/den EinzelneN, zentrale Wirtschaftssektoren oder strukturschwache Regionen (inkl. der möglichen Folgen für Wertschöpfung und Arbeitsmärkten).

2. Wirtschaft: Im Kontext der sozialökologischen Transformation muss Systemrelevanz neu definiert werden

Covid-19 offenbart die Grenzen unseres wachstumsorientierten und individualisierten Wirtschaftssystems. Galten im Zuge der Finanzkrise noch Banken wie die Lehman Brothers als systemrelevant, so wird nun der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems höchste Priorität beigemessen. Als Folge zeichnet sich ein **Bedeutungswandel des Begriffs der Systemrelevanz von der ökonomischen Logik zur “Lebenslogik”** ab.

Diese Entwicklung bietet die Chance, Grundlagen der politischen Gestaltung zu hinterfragen und zugunsten eines **menschen- statt marktorientierten Wirtschaftens neu auszurichten**. Hierfür bedarf es der Aufwertung sozialer Dienstleistungen, einer Debatte über die Rolle des Staates in der Sicherung und Verteilung öffentlicher Güter sowie des politischen Willens diese Aufwertung des “Sozialen” über die Krise hinaus aufrecht zu erhalten.

Auch im Zuge der Klimakrise muss die Politik über die passive Sicherung wirtschaftlicher und individueller Freiheiten hinausgehen und durch gezielte Investitionen und staatliche Regulierung aktiv Verantwortung übernehmen. Hierbei ist eine lebensorientierte Definition der Systemrelevanz essentiell. Denn die Deregulierung der Finanzmärkte führte in der Vergangenheit zu massiven Kosten für die Allgemeinheit; die Weltwirtschaftskrise 2008 etwa schlug sich im Aufstieg von links- und rechtspopulistischen AkteurInnen und Parteien nieder. Schließlich hinderte die USA mit Donald Trump im Weißen Haus wichtige Fortschritte in puncto Klima- und Umweltschutz auf globaler Ebene.

Im Kontext der Coronakrise entsteht ein politisches Handlungsfenster, um wichtige Weichen für den sozialökologischen Umbau mithilfe von Marktmechanismen und klimapolitischen Maßnahmen zu stellen (etwa durch grüne Investitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme). Dabei ist es entscheidend, wirtschaftliche Konjunkturmaßnahmen an konkrete sozialökologische Ziele und Bedingungen zu knüpfen. Ein möglicher Ansatz in Deutschland wäre z.B., anhand verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien sicherzustellen, dass die Investitionen, die im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes getätigt werden, sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht zukunftsorientiert ausgerichtet sind.

3. Staat: Um die Transformation erfolgreich zu meistern, sind langfristige politische Strategien und mehr demokratisches Staatsvertrauen notwendig

Sowohl die Corona- als auch die Klimakrise sind von dem Auseinanderklaffen **individueller** und **kollektiver Interessen** gekennzeichnet, wodurch der Bedarf an staatlichem Handeln wächst. Während es sich bei der

Pandemie jedoch um eine akute Krise handelt, die kurzfristige Maßnahmen erfordert, um mittelfristig zu mehr Normalität zurückkehren zu können, bedarf es in Bezug auf den Klimawandel **langfristiger politischer Strategien der Prävention und Adaption**. Somit sollten die Einschränkungen im Zuge der Pandemie keinesfalls als Blaupause für den Umgang mit der ökologischen Krise dienen.

Dennoch kann auf den Erfahrungen aus dem Umgang mit Covid-19 aufgebaut werden. Denn hier haben Staat und Gesellschaft konzentrierte und schnelle Handlungsfähigkeit bewiesen, sowohl hinsichtlich passiver Restriktionsmaßnahmen (z.B. Einschränkung des Flugverkehrs) als auch in Bezug auf die aktive Initiierung neuer Projekte und Programme (z.B. Forschung, Entwicklung eines Impfstoffs). Zwar ist der Staat ad hoc und punktuell responsiv, es mangelt jedoch zunehmend an Ressourcen für strategisch vorausschauendes Handeln und einem resilienten Sozialsystem, worunter der gesellschaftliche Konsens und das Vertrauen in die Politik leiden. Dies kann sich dadurch verstärken, dass sich staatliches Handeln überwiegend an klientelistischen Interessen orientiert (z.B. an der Mittelschicht), jenseits derer es an Solidarität und politischen Maßnahmen mangelt.

Politikgestaltung ist in unbekannt Krisensituationen oft ein Experiment, das sich **am Prinzip von Trial-and-Error** orientiert. Um das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern, muss die Politik hier transparent kommunizieren und gut begründen sowie die BürgerInnen aktiv in demokratische Entscheidungsprozesse einbinden. Mangelt es an politischem Vertrauen der Bevölkerung, steigt mitunter die Resonanz von Verschwörungsmäthen und populistischen Narrativen in der Bevölkerung.

4. Multilateralismus: Erfolgreiche Klimapolitik bedarf transnationaler Solidarität

Inwieweit sich Multilateralismus und nationaler Föderalismus für eine schnelle und koordinierte Reaktion auf eine akute globale Krise wie die Corona-Pandemie eignen, bleibt umstritten. Im Zuge der Pandemie feierte die Nationalstaatlichkeit als vermeintliches Heilmittel ein Comeback, wenn auch in einigen Ländern mehr und in anderen weniger. Gleichzeitig entwickelte

sich im direkten Vergleich mit der globalen Finanzkrise auf europäischer Ebene ein ausgeprägteres Verständnis von Solidarität (z.B. durch die Corona-Bonds).

Ein auffälliger und zentraler Unterschied der Corona zur Klimakrise ist, dass die Effekte von Maßnahmen in liberalen Demokratien lokal und mit geringem Zeitverzug von einigen Wochen oder Monaten für die Bevölkerung spürbar wurden. Somit kam es im Rahmen **des Krisenmanagements im internationalen Vergleich zu Best-Practice-Cases und Strategien** (etwa beim Einsatz von Schutzmasken, Impfstrategien, Schul- und Kitaschließungen, etc.), woran sich andere Länder orientieren konnten, auch wenn die internationalen Organisationen über die EU hinaus bei der Koordination des Krisenmanagements auf internationaler Ebene wenig zählbares vorweisen konnten.

Diese Art des dezentralen Krisenmanagements ist im Kontext der Klimakrise nicht möglich, denn hier stellen sich Erfolge politischer Maßnahmen nicht allein auf nationaler Ebene ein. Stattdessen baut erfolgreiche Klimapolitik in Ergänzung zu nationalen klimapolitischen Maßnahmen auf transnationale Solidarität und global koordinierte Handlungsstrategien. Unter den Vorzeichen einer demokratischen Regierung unter Präsident Joe Biden in den USA können internationale Verträge, Organisationen und Narrative zur Lösung der Klimakrise neu verortet und konzipiert werden.

5. Wissenschaft: In Krisensituationen bedarf es wissenschaftlicher Visionen und normativer Richtungsweisung

Die Coronakrise ist nicht nur ein Testfall für Politik und Wirtschaft, sondern auch für die Sozial- und Geisteswissenschaften. Die Grenzen ihrer wissenschaftlichen Deutungs- und Problemlösungsfähigkeit offenbaren sich dadurch, **dass viele der aktuellen Analysen und Beiträge selten über „situative Einlassungen mit kurzer Halbwertszeit“ hinausgehen**. Dies wirft die Frage auf, inwiefern Wissenschaft und Politikberatung in Krisensituationen adaptiv in der Lage sind, inhaltlich wirkungsvolle und langfristig tragfähige Handlungsstrategien zu entwickeln. Denn in dieser Phase des gesellschaftlichen Umbruchs kommt den Geisteswissenschaften die Aufgabe zu, insbesondere mit Blick auf die sozialökologische Transformation, beste-

hende Wirtschafts- und Sozialpolitik kritisch zu hinterfragen sowie Zukunftsvisionen und Handlungsentwürfe für die Zeit nach der Pandemie zu entwickeln.

Aber auch die Naturwissenschaften stehen vor neuen Herausforderungen im Kontext der Coronakrise. Zum einen fordert der dynamische Charakter neuer Virusinfektionen die laufende Anpassung der Forschung an das aktuelle Pandemiegeschehen. Zum anderen führen uns sowohl die Corona- als auch die Klimakrise die Grenzen der evidenzbasierten Politik vor Augen. Denn, wenngleich die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse eine zentrale Rolle in der Aufklärung und Meinungsbildung der breiten Öffentlichkeit spielt, so zeigt sich mit Blick auf verschwörungstheoretische Tendenzen und populistische Narrative, dass Evidenz aus dem Zusammenhang gelöst und dadurch für politische Interessen instrumentalisiert werden kann. Hier gewinnt die Rolle der Sozialwissenschaften als normativer Kompass demnach ebenfalls zunehmend an Bedeutung.

Ausblick: Von der Diagnoseebene zur politischen Ausgestaltung

Als Brennglas für und Verstärker von sozialen Missständen in unserer Gesellschaft verdeutlicht die Pandemie bereits bestehende Herausforderungen. Sie weist dabei weniger auf die Notwendigkeit prognostischer Überlegungen als auf die Unabdingbarkeit der **demokratischen Auseinandersetzung mit bestehenden Fragen sozialer Gerechtigkeit**. Der sozialökologische Umbau beinhaltet folglich nicht nur technologische und ökologische Zukunftsvisionen, sondern auch die Rückkehr zur demokratischen Teilhabe, in der gesellschaftlicher Diskurs in Transformationsprojekten zusammenfließt. Dies erfordert den Schritt von der Diagnoseebene zur politischen Ausgestaltung in Form von konkreten Reformen und Maßnahmen, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik strukturell verknüpfen; einer Herausforderung, der sich die folgenden Runden dieser Reihe in anderen Kontexten noch stärker widmen.

Die AutorInnen



Florian Ranft ist Leiter des Programmbereichs Strukturwandel des Progressiven Zentrums. Zuvor war er Head of Policy and International bei Policy Network und Senior Research Analyst beim Centre for Progressive Policy, zwei Londoner Think-Tanks. Davor hat er an

den Universitäten in Frankfurt und Greifswald in den Bereichen politische Soziologie und internationaler Politik gelehrt und geforscht.

florian.ranft@progressives-zentrum.org



Johanna Siebert ist Projektassistentin im Programmbereich Strukturwandel des Progressiven Zentrums. Zuvor war sie als Bildungsreferentin in der NGO-Arbeit sowie als freiberufliche Wissenschaftlerin tätig. Ihre Forschung liegt im Bereich der Globalen Politischen Ökonomie und konzentriert sich auf

sozioökonomische Gerechtigkeitsfragen im Hinblick auf die sozialökologische Krise und gesellschaftliche Transformation.

johanna.siebert@progressives-zentrum.org



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Berliner Think-Tank, der 2007 gegründet wurde. Ziel des Progressive Zentrums ist es, gemäß dem Dreiklang „Vordenken – Vernetzen

– Streiten“ evidenzbasierte Politikideen und praxisorientierte Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und öffentlich zu debattieren. Wir möchten mit unserer Arbeit dazu beitragen, qualitative Debatten zu führen, die politische Bildung und den internationalen Austausch zu fördern sowie neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft für den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu stiften.

BertelsmannStiftung Die Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) ist eine der einflussreichsten Denkfabriken in Deutschland und Europa. Fundament der operativen Stiftungsarbeit ist die Überzeugung des Stifters Reinhard Mohn, dass Wettbewerb und bürgerschaftliches Engagement eine wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts bilden.

Impressum

© Das Progressive Zentrum e.V., 2021.
Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3 | 10577 Berlin, Germany

Vorsitzende: Michael Miebach, Judith Siller, Katarina Niewiedzial, Thomas Kralinski

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/DasProgressiveZentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Grafik & Layout: Annika Hoffmann & Johanna Siebert